

gen zur sowjetischen Regierung aufbauen sollte. Auf Grund dieses Kontaktes stellte Pacelli ihn 1925 als seinen Privatsekretär ein, und als solcher blieb Gehrman auch bis 1945 im Dienste dessen Nachfolgers Cesare Orsenigo.

Die insgesamt 19 Jahre, die Gehrman Privatsekretär der Nuntien Pacelli (von 1925—1929) und Orsenigo (von 1929—1945) war, sind schlecht dokumentiert, was seine Aktivitäten betrifft. Er war zwar in alle kirchenpolitischen Probleme der damaligen Zeit irgendwie involviert, aber die Ausführungen von P. machen klar, daß auf Grund der Quellenlage Gehrmanns individueller Anteil im einzelnen kaum Konturen gewinnen kann. Dies trifft für die Probleme um die Militärseelsorge und Feldbischof Rarkowski, für die Auseinandersetzung um den politischen Katholizismus und die Jugendverbände, hinsichtlich der Lage der Kirche in den besetzten Ostgebieten und der vatikanischen Anstrengungen, einen Suchdienst für Kriegsgefangene einzurichten sowie für die Bemühungen Orsenigos um den Gottesdienst für polnische Zivilarbeiter in gleichem Maße zu. Gehrman war es zwar, der als einziger Deutscher unter den wichtigen Vertretern der vatikanischen Nuntiatur immer wieder im Auswärtigen Amt vorsprach und damit Orsenigos Eingabepolitik vertrat, aber inwieweit er Einfluß auf Entscheidungen hatte, darüber geben die Akten keine Auskunft.

Gleichsam alleinverantwortlich für die Nuntiatur wurde Gehrman seit den Augusttagen des Jahres 1943, als sich die schweren Luftangriffe auf Berlin häuften und die Reichsregierung Mitglieder der Nuntiatur aus Berlin evakuierte, während Gehrman als Geschäftsträger in der Hauptstadt verblieb, bis am 14. April 1945 das Auswärtige Amt sowie das Diplomatische Korps, zu dem Gehrman gehörte, die Reichshauptstadt verließen. Bereits einen Tag nach seiner Ankunft in Rom nutzte Pius XII. die Gelegenheit, sich von Gehrman ausführlich über die Lage in Deutschland berichten zu lassen.

Nach dem Krieg konnte Gehrman dann endlich das sein, was er sich sein Leben lang gewünscht hatte: Lehrer. Er wurde nacheinander Rektor mehrerer Missionshäuser. Aus gesundheitlichen Gründen ist er 1950 als Krankenhausseelsorger nach Siegburg im Rheinland versetzt worden, wo er schließlich am 3. Dezember 1960 nach langem Leiden starb.

Gehrmanns Werk, so schemenhaft es für uns faßbar wird, ist in der Tat das Wirken während zweier Diktaturen. P. zeichnet engagiert, aber dennoch behutsam das Bild eines Priesters, den zufällige Begebenheiten an Aufgaben heranführten, an die er sicherlich nie gedacht hatte. Seine Biographie beschreibt das Wirken und Handeln eines Mannes in jeweiligen Ausnahmesituationen, in der Sowjetunion in den zwanziger Jahren und in Deutschland zur Zeit des Nationalsozialismus, die uns schlaglichtartig noch einmal mit den Problemen vertraut machen, wie sie damals für Geistliche bestanden, die sich bemühten, unter Extrembedingungen für die Seelsorge der Gläubigen nach besten Kräften zu sorgen. Dies zu zeigen und zu veranschaulichen ist P. gelungen.

Eichstädt

Manfred Clauss

Maria Odyniec: Gdynia w prasie niemieckiej Wolnego Miasta Gdańska 1920—1939. [Gdingen in der deutschen Presse der Freien Stadt Danzig 1920—1939.] Wydawnictwo Morskie. Danzig 1983. 177 S.

Die vorliegende Veröffentlichung befaßt sich mit den Berichten und Kommentaren der deutschen Presse der Freien Stadt Danzig über den Bau und Aufschwung des Gdingener Hafens in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen. Dabei werden die Presseberichte über Gdingen in die politische Groß-

wetterlage, wie sie sich nach dem Versailler Vertrag darstellte, eingeordnet. Die Anlage des Gdingener Hafens und die Entwicklung des dortigen kleinen Fischerdorfs zur Großstadt in nur wenigen Jahren sind aufs engste mit der in Versailles verfügten Schaffung der Freien Stadt Danzig und dem Problem des polnischen Zugangs zum Meer verknüpft. Der Versailler Vertrag stellte weder für Deutschland noch für Polen eine befriedigende Lösung dar, woran sich in der folgenden Zeit zahlreiche Konflikte entzündeten. Er enthielt über den Status der zu errichtenden Freien Stadt Danzig nur allgemein gehaltene Bestimmungen. Festgelegt wurde beispielsweise, daß Danzig dem Völkerbund unterstellt werden sollte, dessen Hoher Kommissar mit der erstinstanzlichen Entscheidung aller Streitigkeiten zwischen Polen und der Freien Stadt beauftragt war. Ausgespart blieb dagegen das Verhältnis Danzigs zu Polen, das erst in dem von beiden Seiten unterzeichneten Pariser Vertrag vom 9. November 1920 geregelt wurde. Er erfüllte nicht die militärischen Forderungen Polens und dessen Wunsch nach direkter polnischer Verwaltung des Hafens, wenn er auch der Warschauer Regierung die Kontrolle der Danziger Zollverwaltung durch polnische Zollinspektoren ermöglichte.

Erfreulich ist, daß die Vf.in nicht nur alle wichtigen Zeitungen der Freien Stadt — erwähnt seien u. a. die „Danziger Allgemeine Zeitung“, die „Danziger Neuesten Nachrichten“, die „Danziger Volksstimme und Volkszeitung“, die „Danziger Landeszeitung“ und der „Vorposten“ — herangezogen, sondern diese durch auswärtige Presseartikel ergänzt hat. Außerdem hat sie den Bestand des polnischen Außenministeriums im Hauptarchiv Neuer Akten in Warschau und die Unterlagen der Danziger Hafenbehörde und des Danziger Senats im Staatsarchiv Danzig eingesehen. Bei der benutzten Literatur überwiegen bei weitem polnische Titel, während deutsche Publikationen nur sehr spärlich vertreten sind.

Die Arbeit ist übersichtlich in fünf Teile gegliedert, die nach chronologischen Gesichtspunkten angeordnet sind. Im ersten Kapitel werden die Entstehung Gdingens und der Beginn des dortigen Hafenbaus in den Jahren 1920 bis 1923 betrachtet. Bereits 1919 verfolgte man in Warschau den Plan, an der Ostseeküste einen Kriegshafen anzulegen. Im Mai 1920 wies der polnische Verteidigungsminister den Ingenieur Tadeusz Wenda an, dafür einen geeigneten Platz ausfindig zu machen, der schließlich bei dem Fischerdorf Gdingen gefunden wurde. Wie die Vf.in ausführt, riefen die polnischen Kriegshafen- und Marinepläne ein lebhaftes Echo in der Danziger Presse hervor, die zunächst „geringschätzig“ und „ungläubig“ darüber berichtete. Als Beispiel zitiert sie die „Danziger Volksstimme“ die den Standpunkt vertrat, „die Polen müßten bei Errichtung ihrer Kriegsmarine auf ehemalige preußische und russische Matrosen zurückgreifen, weil sie sonst kein Personal hätten“. Nach Annahme des Gesetzes „über den Hafenbau in Gdingen“ durch den Sejm im September 1922 habe allerdings die Danziger Presse ihren Standpunkt geändert und spreche von einer möglichen Konkurrenz Gdingens, woran man allerdings nicht wirklich glaube. Die Vf.in nimmt einen einseitig propolnischen Standpunkt ein, wenn sie schreibt, in der Praxis der täglichen Beziehungen der Jahre 1920 bis 1923 habe die Freie Stadt bei systematischer Unterstützung durch die Hohen Kommissare des Völkerbundes Polen bei der Ausübung seiner Rechte in Danzig behindert. Die polnische Bevölkerung sei diskriminiert worden. Der Senat habe gleichfalls die Verwirklichung der Bestimmungen des Warschauer Abkommens hinsichtlich der Ausführung der polnischen Zollgesetzgebung und der Benutzung des Danziger Hafens erschwert. Diese Thesen werden der damaligen Si-

tuation sicherlich nicht gerecht. In der ersten Hälfte der 20er Jahre blieb Danzig angesichts der Machtverhältnisse in Europa, vor allem wegen der schwierigen Lage Deutschlands, nichts anderes übrig, als sich der Politik Polens gegenüber defensiv zu verhalten. Die Warschauer Regierung nutzte das aus, um ihre Position in der Freien Stadt auszubauen, was insbesondere 1923 während der Ruhrbesetzung deutlich wurde. Daß Danzig damals die schwächere Partei war, beweist auch der Umstand, daß es in jener Zeit weitaus häufiger den Völkerbundskommissar als die polnische Seite um die Entscheidung von Streitfällen ersuchte.

Im zweiten Kapitel stellt die Vf.in Danziger Presseberichte zum Thema Gdingen aus den Jahren 1924 bis 1929 vor. Diese Periode war nach ihrer Ansicht von den Versuchen zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Polen und der Freien Stadt bestimmt. Als Beispiel nennt sie die Anfang 1924 erfolgte Eröffnung des Danzig-Polnischen Handelsdienstes, der sich aus Danziger und polnischen Kaufleuten zusammensetzte. Der Ausbau Gdingen und — damit verbunden — die Entwicklung der Infrastruktur des Hafens, die Errichtung von Werften und Eisenbahnverbindungen, die Organisation der Stadtverwaltung sowie kulturelle und soziale Fragen, vor allem Streiks der Arbeiterschaft, gehörten in jener Zeit zu den Hauptthemen der Danziger Presse. Eingehend beschäftigt sie sich mit dem schnellen Voranschreiten der Bauarbeiten insbesondere dank französischer Kapitalien und der engen Zusammenarbeit zwischen Paris und Warschau. Breiten Raum nahmen die Diskussionen über den Vorschlag des polnischen Handelsministers Czesław Klarner, Danzig und Gdingen zu einem einheitlichen polnischen Zollgebiet zusammenzufassen, in den Zeitungsberichten ein. Nach Meinung der Vf.in wurde die Verständigungspolitik Warschaus durch den nationalistischen Kurs des Danziger Senats gehemmt. Er habe sich dabei unter dem Einfluß der deutschen Reichsregierung befunden, die die wirtschaftliche Vernichtung Polens angestrebt habe. Diese Behauptungen entsprechen nicht der Wirklichkeit. Gerade die Jahre 1924/25 waren von Eingriffen der Polen in den Status der Freien Stadt bestimmt. Die Einrichtung eines polnischen Munitionsdepots auf der Westerplatte, die Aneignung ständiger Sonderrechte für polnische Kriegsschiffe im Danziger Hafen und die Ausdehnung der Kompetenzen der polnischen Post im sogenannten „Briefkastenstreit“ zeigen, daß es Warschau letztlich um die immer stärkere Einbeziehung der Freien Stadt in den polnischen Staat ging. Es ist richtig, daß sich die internationale Position Polens nach den Verträgen von Locarno verschlechterte. Deutschland erreichte hier einen Ausgleich mit seinen westlichen Nachbarn und konnte seine Stellung in Europa stabilisieren. Auf die Lage Danzigs wirkte sich günstig aus, daß man in Berlin nach der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund bei den Verhandlungen in Genf die Freie Stadt wirkungsvoller unterstützen konnte. Von einer aggressiven oder revisionistischen Politik der Reichsregierung gegenüber Polen kann allerdings zu diesem Zeitpunkt keine Rede sein, weil sich Deutschland in Locarno im 3. Schiedsvertrag verpflichtet hatte, keine Änderungen der polnischen Grenzen mit Gewalt zu versuchen.

Die in den Jahren 1926 bis 1929 fühlbare Entspannung in den Beziehungen zwischen Danzig und Polen scheiterte schließlich an den unüberbrückbaren wirtschaftlichen Gegensätzen zwischen beiden Seiten. Der Vf.in ist nicht zuzustimmen, wenn sie für die Verschärfung der Lage einseitig den Danziger Senat verantwortlich macht. In dem die Zeit von 1930 bis 1933 behandelnden dritten Teil der Darstellung finden sich zahlreiche Danziger Pressezeugnisse

zum Thema Gdingen, die sich vor allem mit dem ständig wachsenden Warenumschlag in diesem Hafen und den dadurch bedingten Nachteilen für die Freie Stadt befassen. 1932 begann Gdingen Danzig zu überflügeln, und 1933 übertraf erstmals der Warenverkehr des Gdingener Hafens den von Danzig. Zur Verschärfung der Situation trug der von der polnischen Regierung eingeleitete Boykott Danziger Waren bei. O. macht es sich zu leicht, wenn sie immer wieder die antipolnische Propaganda und Polemik der Danziger Presse herausstellt. Sie wird damit der durch die Konkurrenz Gdingens und die sonstigen Maßnahmen Polens bedingten Einengung der Danziger Wirtschaft und dem damit verbundenen Problem des politischen Überlebens der Freien Stadt nicht gerecht.

Das vierte Kapitel befaßt sich mit dem Thema „Gdingen“ in der Danziger Presse zur Zeit der deutsch-polnischen Annäherung (1934–1938). Der Abschluß des auf zehn Jahre befristeten deutsch-polnischen Nichtangriffsabkommens, der „die Begründung eines gutnachbarlichen Verhältnisses“ vorsah, bewirkte eine zeitweilige Entspannung der Danziger Frage. Die Zeitungen der Freien Stadt sprachen nun häufiger von den guten Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen Gdingen und Danzig. Als Beispiel seien hier die „Danziger Neuesten Nachrichten“ genannt, die 1937 als ein gutes Jahr für beide Häfen bezeichneten. Insgesamt läßt sich von diesem Zeitraum sagen, daß der Status quo zwischen Danzig und Polen weitgehend gewahrt blieb.

Das letzte Kapitel hat Mitteilungen der Danziger Presse kurz vor Ausbruch des Zweiten Weltkriegs zum Gegenstand. Wie die Vf.in ausführt, hatte das Schicksalsjahr 1939 für Gdingen günstig begonnen. Die Stadt zählte inzwischen 125 000 Einwohner. Der Warenumschlag des Vorjahrs betrug über neun Millionen Tonnen. Mit Deutschland bestand Übereinstimmung. Auf polnischer Seite wurde intensiv über engere Verkehrs- und wirtschaftliche Beziehungen zwischen Gdingen und Danzig nachgedacht. Diese Situation wurde im Frühjahr 1939 durch den Ausbruch der deutsch-polnischen Krise ins Gegenteil verkehrt, was sich auf die Berichterstattung der Danziger Zeitungen auswirkte. Sie griffen nun die alten Streitfragen mit Polen in verschärfter Form wieder auf, wobei neben Gdingen die „Korridorfrage“ eine entscheidende Rolle spielte.

Die vorliegende Veröffentlichung macht deutlich, wie groß das Interesse an Gdingen in der Freien Stadt Danzig zwischen den Weltkriegen war. Leider schränkt die oft einseitige propolnische Interpretation der Quellen den Wert der Arbeit beträchtlich ein. Dem an einer objektiven Wertung der Verhältnisse interessierten Leser wäre mit einer sachlicheren Schilderung mehr gedient gewesen. Ein weiterer Nachteil ist das Fehlen einer anderssprachigen Zusammenfassung.

Berlin

Stefan Hartmann

Archiv für schlesische Kirchengeschichte. Band 41. 1983. I. A. des Instituts für ostdeutsche Kirchen- und Kulturgeschichte hrsg. von Joachim Köhler. August Lax Verlagsbuchhandlung. Hildesheim 1983. VIII, 288 S., 5 Taf.

Der größere Teil dieses Bandes ist der Zeit des Nationalsozialismus in Schlesien gewidmet. Unter dem Titel „Um das Gottesreich in deutscher Jugend“ ediert der Herausgeber 22 Dokumente über den Prozeß gegen den „Diözesanpräses Gerhard Moschner vor dem Sondergericht in Ratibor 1936“ (S. 1–66). Der mutige Priester, der 1966 als einer der tüchtigsten Vertriebenenseelsorger